

Dirk Ludigs

## Jenseits von Reden

2018

<https://doi.org/10.25969/mediarep/18711>

Veröffentlichungsversion / published version  
Zeitschriftenartikel / journal article

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ludigs, Dirk: Jenseits von Reden. In: *ZMK Zeitschrift für Medien- und Kulturforschung*. Alternative Fakten, Jg. 9 (2018), Nr. 2, S. 79–88. DOI: <https://doi.org/10.25969/mediarep/18711>.

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Creative Commons - Namensnennung - Nicht kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0/ Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/>

### Terms of use:

This document is made available under a creative commons - Attribution - Non Commercial - Share Alike 3.0/ License. For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/>

## Jenseits von Reden

Dirk Ludigs

»Der Philosoph, der in der Öffentlichkeit eingreifen will, ist kein Philosoph mehr, sondern Politiker; er will nicht mehr nur Wahrheit, sondern Macht.«<sup>1</sup>

Hannah Arendt

QUEERE BEWEGUNG muss wieder aktionistisch und politisch werden. Das kann nur gelingen, wenn sie sich aus den Fängen akademischer Diskurse befreit und zu ihren utopischen Wurzeln zurückfindet.

Meine Analyse ist trist: Die queeren akademischen Diskurse unserer Tage gleichen einem toten Rennen. Anhänger\*innen der Frankfurter Schule einerseits, Poststrukturalist\*innen andererseits bekämpfen sich aus ihren Elfenbeintürmen heraus. Der Stellungskrieg der Kulturtheorien verändert nicht nur nichts mehr in den Köpfen aller Teilnehmenden, seine Debatten gehen dazu noch so gut wie spurlos an all jenen vorbei, zu deren Verbesserung der Verhältnisse sie angeblich geführt werden. Die einen verteidigen zäh ihre einträglichen Sitzplätze in den politischen und wissenschaftlichen Institutionen, die anderen schotten sich in *safe spaces* von den Mühsalen eines echten partizipatorischen Aktivismus weitgehend ab und sehen dabei Sektenmitgliedern ähnlicher als Akteuren in einem zivilgesellschaftlichen Prozess. Digitale Medien und ihre Tendenz zur Retribalisierung tun das Übrige, um diese unheilvollen Tendenzen weiter zu verschärfen.

Meine Forderung ist dagegen einfach: Es ist an der Zeit, die weitgehende Akademisierung queeren Denkens und Handelns kritisch zu hinterfragen und nach Quellen für einen anderen queeren Aktivismus zu suchen, der nicht zuletzt angesichts der Herausforderungen durch den Rechtspopulismus gesellschaftliche Relevanz erlangen muss. Es ist an der Zeit für eine Rückkehr zu den utopischen Wurzeln queeren Handelns!

Zur Misere zuerst. Nirgends wird sie derzeit deutlicher als im Streit um die Zukunft des Schwulen Museums (SMU) in Berlin. Der begann für die Öffentlichkeit sichtbar zu werden, als das Vorstandsmitglied Dr. Birgit Bosold im Januar

---

<sup>1</sup> Hannah Arendt: Wahrheit und Politik, in: Ursula Lutz (Hg.): Zwischen Vergangenheit und Zukunft, München 2000, S. 338.

2018 in einem Newsletter des Hauses zum geplanten »Jahr der Frau\_en« die bisherige Ausstellungspraxis des SMU kritisierte, die »eher die visuelle und konzeptionelle Hegemonie schwuler Männlichkeit (weiß und cis versteht sich) in der LSBTTIQ\*-Welt« widerspiegeln, »als dass sie marginalisierte und diskriminierte Positionen in den Vordergrund stelle«. Insbesondere kritisierte Bosold die Ausstellungen der Polittunte Patsy l'Amour laLove über Martin Dannecker und die des französischen Künstlers und Kurators Marc Martin zur schwulen Klappenkultur. Beide seien »ebenso liebevoll und begeistert wie unkritisch«.

Bosolds Kritik aus queerfeministischer Sicht am »schwulen Heimatmuseum« musste nicht lange auf Antwort warten. In der Berliner *Siegessäule* warf Till Amelung dem SMU-Vorstand »Geringschätzung gegenüber der Geschichte(n) von Schwulen« vor. Drei schwule Mitarbeiter des Museums legten in der Juni-Ausgabe des schwulen Magazins *Mannschaft* nach. »Was ist aus dem Schutzraum für ältere Schwule geworden, die sich als Ehrenamtler eine Beschäftigung suchen wollten?« fragen sie dort und befürchten, man wolle das Schwule aus dem Museum »ausräumen«. Ex-Vorstand Mischa Gawronski findet im gleichen Artikel harte Worte für die empfundene Hatz auf alles Schwule: »Wenn eine Gruppe im Fokus steht und diese vorrangig aufgrund von Hautfarbe, Geschlecht und Sexualität kategorisiert und kritisiert wird, dann erfüllt das die Definition von Rassismus!«

Aber auch radikalfeministische Lesben aus der zweiten Welle der Frauenbewegung kommen mit dem neuen Kurs des SMU nicht mehr zurecht. Als am 20. April 2018 ein junges Künstlerkollektiv das Bistro des Museums zu einer »Dyke Bar« umfunktionierte, die Bezug nehme auf »prägende Momente der lesbisch-queeren Geschichte vom alten Wissen der Hexen in ferner Vergangenheit bis zu den Cyborgs der Zukunft, um in der Gegenwart einen Dialog darüber zu eröffnen, warum Dyke Bars sterben und wie sie wiederbelebt werden können«, erhob sich ein Sturm der Entrüstung vor allem wegen der spirituellen und esoterischen Anklänge. Lesbische Aktivistinnen wie Stephanie Kuhnen und die Verlegerin Ilona Bubeck kamen auf Einladung von Patsy l'Amour LaLove in den Neuköllner Veranstaltungsort *Ludwig*, um der Frage nachzugehen, was eigentlich LSBTTIQ\* immer wieder in die Fänge des Esoterischen treibt und warum Spiritualität keine »widerständige Praxis« sein kann, freilich ohne dass auf dem Podium jemand eine Gegenposition vertreten hätte.

Das Beispiel der SMU-Kontroverse zeigt vor allem eines: Seit dem Erscheinen des Sammelbands *Beißreflexe* (Querverlag, 2017) hat sich der Streit um Theorien in der deutschen LSBTTIQ\*-Bewegung immer weiter verhärtet. Es ist der Kampf zwischen den Vertreter\*innen queerfeministischer und intersektionaler Ansätze einerseits und LSBTTIQ\*-Aktivistinnen andererseits, die weitgehend der kritischen Theorie (also der zweiten deutschen Schwulenbewegung um Personen wie Michael Bochow oder Martin Dannecker) und der radikalfeministischen Lesben-

bewegung der Achtziger Jahre verhaftet sind. Postkolonialismus und Intersektionalität auf der einen Seite, freudomarxistische Sichtweisen auf der anderen, kollektivistische Widerstandsformen versus Betonung des kritischen Individuums als revolutionärem Subjekt – das bleibt vor allem eins: unvereinbar. Den Streit in seiner ganzen Tiefe haben andere an anderer Stelle nachgezeichnet, dies hier nochmals zu tun, würde den Rahmen des Artikels sprengen, doch geben die Rezensionen rund um *Beißreflexe*, wie beispielsweise von Peter Rehberg auf *Zeit Online* und Jan Schnorrenberg im *Tagesspiegel* Interessierten einen guten Einblick, worum es im Einzelnen geht.

Der lähmende Zwist fällt ausgerechnet in eine Zeit, in der queere Emanzipation in Deutschland vor den größten Herausforderungen seit den Achtziger Jahren steht – und die Ausgangsposition ist nicht gut. Anders als an den beiden Küsten der USA oder in Kanada haben geschlechtliche und sexuelle Minderheiten in Deutschland bis heute keine Trendwende hin zu einer Gesellschaft zu Stande gebracht, in der sich nicht länger LSBTTIQ\*-Menschen für ihre Forderungen rechtfertigen müssen, sondern jene, die sie weiterhin diskriminieren wollen.

Tatsächlich zeigt sich in aktuellen Studien, dass zusammen mit dem Aufstieg rechtspopulistischer Parteien wie der AfD rassistische und homophobe Einstellungen in Deutschland querbeet auf dem Vormarsch in die Mitte der Gesellschaft sind: »Die Ablehnung von Muslimen, Sinti und Roma, Asylsuchenden und Homosexuellen hat noch einmal deutlich zugenommen«, sagt der Leipziger Sozialpsychologe Elmar Brähler, einer der Autoren und Begründer der repräsentativen *Mitte*-Studien, die seit 2002 rechtsextreme Einstellungen in Deutschland erheben. 40,1 Prozent gaben bei der Studie 2016 an, es sei »ekelhaft«, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen – im Jahr 2011 lag der Anteil noch bei 25,3 Prozent. Die Prozentzahl derjenigen, die Homosexualität generell für unmoralisch halten, ist von 15,7 auf 24,8 Prozent gestiegen.

Minderheiten haben ein gutes Gespür für diese »Brüchigkeit gesellschaftlicher Toleranz«, wie der Soziologe Martin Dannecker im September 2015 im Rahmen eines gleichnamigen Seminars in der Akademie Waldschlösschen diesen Zustand der deutschen Gesellschaft im Verhältnis zu ihren sexuellen Minderheiten nannte. LSBTTIQ\*-Menschen befinden sich hierzulande in einem »kündbaren Duldungsverhältnis«.

Teile der konservativen Eliten haben selbst diese Duldung bereits gekündigt. Sichtbar wird das im Kampf gegen den Sexualkundeunterricht der Vielfalt. Die von christlichen Fundamentalisten und völkischen Rechtspopulisten wie den *Besorgten Eltern* oder der *Demo für Alle* initiierte Desinformationskampagne gegen Bildungspläne knüpft mit ihrer Lüge von der Frühsexualisierung bewusst an überwunden geglaubte Schauermythen von der Verführung zur Homosexualität an, erweckt denunziatorische Zerrbilder vom homosexuellen Päderasten zu neuem

Leben, »der an unsere Kinder will«. Die Fundamentalisten finden in der *FAZ* und der *Springer*-Presse willige Sekundanten und in der baden-württembergischen CDU mittlerweile genauso Unterstützer wie in der FDP Nordrhein-Westfalens.

Gleichzeitig verstärken sich insbesondere unter cis-männlichen Schwulen in und außerhalb der gewachsenen Strukturen der LSBTTIQ\*-Bewegung Diskurse, die an rechtspopulistische Agenden anschlussfähig sind: die Furcht vor Muslimen, die Ablehnung gendergerechter Sprache, bis hin zu offenem Sexismus und Rassismus. Konservative schwule Politiker wie Jens Spahn oder der rechtskatholische Blogger David Berger treiben bewusst einen Keil zwischen bürgerliche schwule Männer und die anderen Teile der LSBTTIQ\*-Bewegung.

Als der rechtspopulistische schwule US-Botschafter Richard Grenell zum Berliner CSD im Juli 2018 zum Empfang in seine private Residenz lud, hatten über sechzig schwule Persönlichkeiten der Stadt kein Problem, die Einladung anzunehmen. Der Geschäftsführer der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld postete anschließend ein Foto auf Facebook, das ihn freundlich lächelnd und Arm in Arm mit dem Trump-Unterstützer zeigte. Während Litwischuh sich nach einem beginnenden *shitstorm* zeitnah und überzeugend entschuldigte, sahen alle anderen, die mit Grenell posierten, darunter wichtige Vertreter des Völklinger Kreises sowie der Geschäftsführer des LSVD-Landesverbands Berlin-Brandenburg, Jörg Steinert, eine Entschuldigung gegenüber der Community nicht als notwendig an.

Der queere Theorienstreit ist also nicht nur heillos, er kommt vor allem zu einer völlig unpassenden Zeit. Die Frage lautet: Wie ist queerer Aktivismus in dieses Dilemma geraten? Und gibt es einen Weg heraus?

So unterschiedlich, unvereinbar und unversöhnlich sich beide Seiten oft gerieren, so sehr ist ihnen eines gemeinsam: Sie argumentieren beide strikt entlang bestehender Kulturtheorien, sie sind ins Aktivistische gewendete Philosophie. Das ist auch nicht zufällig so, denn queerer Aktivismus wird heute von Kultur- und Sozialwissenschaftlern beherrscht, von den alt gewordenen Jüngern Adornos und Horkheimers bis hin zu den frischen Absolvent\*innen der *gender studies* der Humboldt Universität.

Die Antwort darauf, warum das problematisch ist, findet sich bei Hannah Arendt. Aktivismus ist im eigentlichen Sinne politisches Handeln und was passiert, wenn philosophische Vernunftwahrheiten zur Anleitung für politisches Handeln missbraucht werden, hat Arendt in ihrem Aufsatz *Wahrheit und Politik* beschrieben:

»Nichts ist verständlicher, als daß der Philosoph in seiner wesentlichen Isolierung von allen anderen der Versuchung erliegt, seine Wahrheit auch als einen Maßstab für die Regelung menschlicher Angelegenheiten zu gebrauchen und zu mißbrauchen [...] Und nicht weniger verständlich ist, daß der politische Bereich sich solchen Maßstäben, die

aus einer ihm prinzipiell fremden Sphäre abgeleitet sind, widersetzt. Wenn Vernunftwahrheiten sich in das Feld der Meinungen und des Meinungsstreits begeben, werden auch sie zu bloßen Meinungen; was ihnen geschieht, ist eine echte »metabasis eis allo genos«; sie haben ihr Wesen geändert, und dementsprechend hat auch der, der sie vertritt, seine menschliche Existenzweise geändert. Der Philosoph, der in die Öffentlichkeit eingreifen will, ist kein Philosoph mehr, sondern ein Politiker; er will nicht mehr nur Wahrheit, sondern Macht.«<sup>2</sup>

Im Sinne Arendts wird jede Kulturtheorie in den Händen von Aktivist\*innen, die sie als Tatsachenwahrheit missverstehen und als Handlungsanleitung für ihren Aktivismus gebrauchen, zu einem neuen Instrument der Unterdrückung. Die aktivistischen Gruppen selbst entwickeln fast zwangsläufig im Verlauf viele Merkmale, die auch bei religiösen Sekten anzutreffen sind: Bestrafungen und Ausschlüsse bei Fehlverhalten, eine codierte und ausschließende Sprache, bestimmte Zugangsrituale, reale oder neuerdings auch virtuelle Heterotopien. Im Grunde keine neue Erkenntnis seit den Bolschewiken oder den K-Gruppen, denen ja auch schon etwas Pseudoreligiöses, ja Sektenhaftes anhing. Heute findet sich diese »Verkultung« von Aktivismus sowohl bei Linken wie auch bei Rechten, bei queeren Gruppen ebenso wie bei der identitären Bewegung oder Internet-Phänomenen wie *4chan* oder zuletzt *QAnon*.

Von den Machtfantasien rechter Sekten sind die Teilnehmenden des queeren deutschen Theoriestreits allerdings meilenweit entfernt. Bei ihnen geht es vor allem – und das ist das Traurige – nicht einmal wirklich mehr um Widerstand oder um gesellschaftliche Macht, also radikale Veränderung oder Teilhabe, sondern fast ausschließlich um die Deutungshoheit innerhalb der bestehenden LSBTTIQ\*-Institutionen, genauer: um die Macht über die kargen Fleischtöpfe staatlicher Alimentierung. Wer darf die nächste Ausstellung kuratieren, wer darf die nächste halbe Stelle besetzen, wessen Förderantrag hat die größte Chance durchgewinkt zu werden? Das sind nicht nur im Schwulen Museum entscheidende Fragen, sondern überall in einer emanzipatorischen Bewegung, die seit vielen Jahren am Tropf von Bundes- und Landeshaushalten hängt.

Das war nicht immer so. Auch in Deutschland begann LSBTTIQ\*-Emanzipation einmal in kritischer Staatsferne und weitgehend autonom. Die Gründe für den Niedergang der autonomen Schwulenbewegung und der feministischen Lesbenbewegung seit den Neunzigern in Deutschland sind noch historisch aufzuarbeiten, das muss an anderer Stelle geschehen. Um den Ist-Zustand festzustellen und daraus Forderungen abzuleiten, bleiben die Gründe irrelevant.

---

<sup>2</sup> Ebd.

Tatsache ist: Die Verlagerung der politischen Arbeit weg von einer Graswurzelbewegung und hinein in die politischen Parteien und in wenige, fast vollständig vom Staat abhängige Institutionen ist in Deutschland so gründlich geschehen, dass die LSBTTIQ\*-Bewegung heute kaum noch über staatlich oder parteipolitisch unabhängige Graswurzelgruppen oder Organisationen verfügt und über einzelne öffentliche Führungsfiguren schon gar nicht. Die finanzielle Abhängigkeit der im internationalen Vergleich oft wenig professionell agierenden Organisationen vom Staat ist nahezu absolut, unabhängige finanzielle Ressourcen existieren kaum, die Personaldecke ist dünn und in der Regel parteipolitisch gebunden. Ergo werden Förderanträge in der Regel schon mit der Machbarkeitsschere im Kopf formuliert, Konfrontationen mit dem Geldgeber vermieden und bestehende Konflikte ritualisiert. Die Akademie Waldschlösschen zum Beispiel, als autonome Gründung gestartet, ist heute eine Bildungseinrichtung des Landes Niedersachsen. Ergo richtet sich ihr Programm nach den Förderrichtlinien des Bundeslands. Was nicht mindestens sieben Teilnehmende ziehen könnte, findet nicht statt.

Dabei waren es keine Wissenschaftler\*innen, keine Kulturtheoretiker\*innen und keine Philosoph\*innen, die am Anfang moderner queerer Bewegungen standen, sondern Menschen, die mit direkter Aktion auf erlebte Unterdrückung reagierten, *people of color* und Trans\* Menschen bei den Stonewall-Riots in den USA zum Beispiel, ausgestattet mit nicht viel mehr als der utopischen Vorstellung von einer repressionsfreien Welt und dem unbändigen Willen zur Veränderung des status quo.

Auch in den USA hat sich im Laufe der Jahrzehnte LSBTTIQ\*-Bewegung immer mehr von den normativen Grenzen der Gesellschaft einhegen lassen. Der 2013 verstorbene kubanisch-amerikanischen Queertheoretiker José Esteban Muñoz kritisierte das in seinem Buch *Cruising Utopia: the Then and There of Queer Futurity* (New York, 2009). Daraus stammt der Satz: »Queerness ist in seiner Essenz die Zurückweisung eines Hier und Jetzt und das Beharren auf der Möglichkeit einer anderen Welt.« Dem Queersein selbst wohnt nach Muñoz die Utopie schon inne. Wer schräg ist, wer aus dem Rahmen fällt, als »unnormale« definiert oder anders markiert wird, der ist bereits aufgrund seiner Existenz ein Versprechen auf eine utopische Zukunft.

Um zu verstehen, warum die LSBTTIQ\*-Bewegung von ihren utopischen Anfängen, der Phase der späten Sechziger bis Mitte der Achtziger Jahre, heute so weit entfernt ist, hilft ein Blick auf den Begriff der »Verwalteten Welt«, den Theodor W. Adorno zur Beschreibung des gesellschaftlichen Ist-Zustands der Fünfzigerjahre eingeführt hat. Adorno verstand darunter eine Welt, in der freie Individuen nicht durch Ideologie, Terror und Gewalt unterjocht werden, wie im Faschismus oder Stalinismus, »sondern in der verwalteten Welt herrschen die Systeme als Zwangsvergesellschaftung und Anonymisierung von Herrschaft, die auf die Liqui-

dierung des Individuums und die Eliminierung des Nichtidentischen abzielt. Durch die ihr eigene Tendenz, alle Spontaneität abzuwürgen, lässt die verwaltete Welt alle ›Schlupfwinkel‹ verschwinden.«<sup>3</sup> Es findet eine totale Kontrolle, eine widerstandslose Integration der gleichgeschalteten Individuen statt. In einem Radio-Gespräch aus dem Jahr 1958 geht Adorno noch einen Schritt weiter. Nicht nur Staat und Wirtschaft unterwerfen Menschen der verwalteten Welt, sie selbst tun es: »Es gibt keine Auswegmöglichkeiten mehr und deshalb tendieren die Menschen dazu, alle jene Prozesse der Verwaltung in sich selber zu wiederholen, die ihnen von außen angetan werden. Jeder Einzelne wird sozusagen zum Verwaltungsfunktionär seiner selbst.«<sup>4</sup>

Wenige Jahre nach dieser Erkenntnis machte sich die von der Kritischen Theorie inspirierte 68er-Generation – und ab 1971 auch die zweiten deutschen Schwulen- und Lesbenbewegungen – auf den Weg durch die Institutionen. Meine These lautet: In der Zeit vor 1968 beherrschte die verwaltete Welt zwar fast alle Lebensbereiche, nicht aber die queeren Utopien. Was seitdem passiert ist, beschreibe ich mit dem Begriff der ›Verwalteten Utopie‹. So wie Friedrich Engels in den 1880ern postulierte, dass mit dem wissenschaftlichen Sozialismus nun die klassenlose Gesellschaft nicht mehr Utopie sein müsse, sondern es eben einen Weg dahin gebe, den der Marxismus vorgebe, so haben die sozialen Bewegungen in den vergangenen 50 Jahren Systeme geschaffen, um Queerness wissenschaftlich zu vermessen, in staatlichen Systemen zu verwalten und gesetzlich zu regeln. Von Identitätspolitik über Rechtsgleichheitsfragen bis hin zur *queer theory*: In dem Versuch, das Queere zu beschreiben, mit den Mitteln der Wissenschaft und der Bürokratie Handlungsanweisungen und Wege zu beschreiben, um das Utopische ins Hier und Jetzt zu transferieren, wurden die Utopien selbst den Systemen unterworfen, vergesellschaftet und der ›Verwalteten Welt‹ Adornos die ›Verwaltete Utopie‹ hinzugefügt, in der die Vermessenden in den Institutionen zu den Verwaltungsfunktionären ihrer selbst geworden sind.

Wer heute fragt, was queere Utopien sind, erhält oft sehr bescheidene Antworten. Gleiche Rechte, sagen die einen. Die anderen: *safe spaces*. Das alles sind Utopien, die eigentlich gar keine sind, denn sie wären in der Regel schon im Rahmen einer Gesetzesänderung, eines Workshops oder eines Uni-Seminars umsetzbar.

Als Thomas Morus sein Buch über den Inselstaat Utopia schrieb, machte er von einem Sprachspiel Gebrauch, das auf Englisch funktioniert. Das griechisch-basierte Utopia kann nämlich, auf Englisch ausgesprochen, sowohl »kein Ort«

---

<sup>3</sup> Theodor W. Adorno: Gesammelte Schriften, Bd. 8: Soziologische Schriften 1. 3. Aufl., Suhrkamp, Frankfurt am Main 1990, S. 145.

<sup>4</sup> Verschriftlicht in: Max Horkheimer: Gesammelte Schriften, Bd. 13, Frankfurt am Main 1985, S. 121–143.

bedeuten als auch »schöner Ort«. Utopia ist beides gleichzeitig. Es ist der schöne Ort, den es nicht geben kann. Utopia zeichnet sich durch seine Unerreichbarkeit aus. Ohne das Unerreichbare bleibt die Welt aber unvollständig. Oscar Wilde hat die Erkenntnis so formuliert: »Eine Weltkarte, in der das Land Utopia nicht verzeichnet ist, verdient keine Beachtung, denn sie lässt die Küste aus, wo die Menschheit ewig landen wird.«

Ewig landen. Das ist bemerkenswert. Denn zum Ewigen-Landen gehört das Niemals-Ankommen. Allen utopischen Entwürfen, von Platos Republik über Thomas Morus' Utopia, den Sonnenstaat Campanellas oder die Schriften Saint-Simons, wohnt einerseits diese Überzeugung inne, von der Muñoz spricht: Es gibt die Möglichkeit einer anderen Welt. Einer Welt absoluter Gleichheit, absoluter Gerechtigkeit, einer Welt ohne Hass, ohne Gewalt, einer Welt, in der jede und jeder so sein darf, wie er oder sie oder Mensch sein möchte. Andererseits aber auch die Einsicht in deren Unerreichbarkeit.

Muñoz entkommt diesem Widerspruch mittels des von Ernst Bloch geprägten Begriffs der »konkreten Utopie«. Bloch kritisierte mit dem Begriff ursprünglich die Idee von Engels, man müsse Utopien vom Kopf auf die Füße stellen, es gebe einen wissenschaftlichen Weg zum Sozialismus. Stattdessen sagt Bloch: »Es geht um den Umbau der Welt zur Heimat, einem Ort, der allen in der Kindheit scheint und worin noch niemand war.« Die konkrete Utopie ist der Prozess der Verwirklichung, in dem die näheren Bestimmungen des Zukünftigen tastend und experimentierend hervorgebracht werden – und ich möchte hinzufügen, im Bewusstsein, sie nie ganz erreichen zu können.

In den Anfängen meiner eigenen Sozialisation als schwuler Aktivist in den frühen Achtzigern in Berlin war für Utopien noch Platz. Das schimmerte durch in CSD-Slogans, die damals auf Demonstrationen skandiert wurden, wie etwa: »Wir bleiben unserem Motto treu, schwul, pervers und arbeitsscheu«. Aktivist\*innen träumten von einer Welt ohne Diskriminierungen, aber auch einer Welt der freien Liebe und der Freiheit von Zwängen. Eine Gegenwelt zu der, die sie vorfanden, der spießigen Enge der Zwangsheterosexualität. Gefunden haben sie diese Welt in bestimmten Momenten – vor allem aber an bestimmten Orten wie dem *SchwuZ*, den besetzten »Tuntenhäusern« in Berlin, in denen Freiräume möglich wurden, in denen eine freiere Sexualität in neuen Beziehungsformen ausprobiert werden konnte, in lesbischen Landkommunen, wo Leben und Arbeiten eins werden sollte. Später fand sich konkrete Utopie auch in den direkten Aktionen der Aids-Aktivist\*innen von *Act-Up*. Sie findet sich aber auch in spirituellen queeren Bewegungen, wie den *Radical Faeries*, deren *Sanctuaries* genannte Orte wie Wolfs Creek in Oregon oder Short Mountain in Tennessee wiederum Freiräume sind, in denen das Experimentieren mit der eigenen Sexualität und Spiritualität möglich wird.

»Die queere Community war immer sehr gut darin, sich ihre eigenen Utopias zu erschaffen«, sagt der US-amerikanische Queerkünstler und Aktivist Leo Herrera, der gerade an einem filmischen queeren Utopia arbeitet. Für seine *mockumentary* FATHERS (2018) erfindet er eine Welt, in der es Aids nie gegeben hat. Den Grund für die utopische Schaffenskraft queerer Menschen sieht Herrera darin, »dass wir alle in der Unterdrückung aufgewachsen sind und unsere ersten Momente der Freiheit und des Glücks empfinden, wenn wir an Orten zusammenkommen, die wir zu unseren eigenen gemacht haben. Alle diese Orte – Nachtclubs, wie das *Pulse* in Orlando, queere Zentren, Festivals wie *Burning Man* – sind unsere Utopias.«

Erst in diesen queeren Freiräumen, die mehr sind als die rein defensiv ausgerichteten *safe spaces* unserer Tage, wird die konkrete Utopie möglich, die sich aus dem Erleben queerer Politik, queerer Spiritualität und queerer Sexualität speist und die in direkte Aktionen mündet. Der Freiraum ist im Unterschied zum *safe space* kein Selbstzweck, sondern schafft überhaupt erst die notwendige Voraussetzung für die konkrete Umsetzung von queerem Aktivismus in direkte Aktion.

Zur Bestätigung dieser These bietet die Geschichte queerer Bewegungen genügend Beispiele. Aus den Berliner ›Tuntenhäusern‹ heraus entstanden zum Beispiel Widerstandsformen wie die einer queeren Spaßguerilla. Ich erinnere mich an eine lautstarke Gegendemonstration von Berliner Tuntinnen, die nach den Mairkrawallen 1987 auf dem Kurfürstendamm mit Trillerpfeifen, Rasseln und Sprechchören wie »Von Kreuzberg bis nach Düppel, Gummi übern Knüppel« einen Schweigemarsch der Ehefrauen von Polizisten zur Unterstützung ihrer Ehemänner aufrollten.

Bei *Act-Up* kamen vor dreißig Jahren weiße Schwule mit bildungsbürgerlich-liberalem Hintergrund, Linke, Latinos und Schwarze mit Bürgerrechts-Background und feministische Lesben aus der Gesundheitsbewegung zusammen, um den politischen Kampf um den Zugang zu Aids-Medikamenten durch direkte Aktionen voranzutreiben. In der verwalteten Utopie unserer Tage hätten die Beteiligten wahrscheinlich ihre ideologischen Unterschiede ausdiskutiert, es hätte kein einziges *die-in* gegeben, kein Plakat, kein »Silence=Death«, keine Nachfolgegruppen wie die *Queer Nation* oder die *Lesbian Avengers*. Und ohne das damals autonom agierende *Gay Community Center* in New York als Freiraum hätte es *Act-Up* wahrscheinlich ebenso wenig gegeben, es hätte aus einer verwalteten Utopie nicht entstehen können.

Auch Hannah Arendt spricht von der Notwendigkeit von Orten, an denen der Dissens und der Versuch des Neuen möglich ist, womit sie die Auflehnung gegen die Systeme meint, wenn sie über zivilen Ungehorsam spricht: »Ziviler Ungehorsam heißt nicht einfach das Gesetz zu brechen, manchmal braucht

man zivilen Ungehorsam, um das Gesetz erst zu dem zu machen, was es sein soll.«<sup>5</sup>

Ein neuer queerer Aktivismus braucht also all das: Queere Räume als Voraussetzung, um queere Spiritualität, queere Sexualität und queere politische Prozesse zu erleben und die aus all dem entstehende direkte Aktion zu planen und umzusetzen. Vor allem aber muss er im Sinne Arendts wieder politisch handlungsfähig werden, sich also frei machen vom Primat akademischer Diskurse, dem Diktat bestimmter Kulturtheorien und stattdessen Politik, in den Worten von Arendt, als »Tatsache der Pluralität von Menschen«<sup>6</sup> anerkennen. Zu wenigen Aktivist\*innen in Deutschland gelingt es allerdings bisher, sich im Streit der akademischen Richtungen, der zunehmend mit einem gegenseitigen Vernichtungswillen geführt wird, unabhängig zu halten, geschweige denn, darüber hinaus echten queeren Aktivismus zu entwickeln.

Um es klar zu sagen: Es geht nicht um eine grundsätzliche Absage an Wissenschaft. Es kann durchaus lohnend sein, politische Herausforderungen mal mit klassisch-identitätspolitischer Brille, mal mit queer-feministischer Brille zu betrachten. Queer-feministisches Denken ermächtigt dazu, empathischer zu werden, das lesbisch-schwule Denken um Trans\*, Inter- oder Rassismus-Fragen zu erweitern. Gleichzeitig sind die Erfolge klassischer Identitätspolitik auf der Basis des kritischen Individuums als revolutionärem Subjekt unübersehbar und haben überhaupt erst möglich gemacht, auf dem heutigen Niveau zu diskutieren.

Wenn Kultur- und Sozialtheorien aber weiter von sich formierenden akademischen Sekten als pseudoreligiöse Wahrheiten missbraucht werden, um queeren Aktivismus zu verwalten und zu ersetzen, dann droht der Bewegung angesichts eines rechten politischen Rollbacks der Weg in die Bedeutungslosigkeit. In den USA zeichnet sich zwar unter den Bedingungen des Trump-Regimes eine Rückkehr der Bewegung zu aktivistischen Formen und *grassroots*-Koalitionen ab, doch dort ist die Ausgangslage eine andere. Im staatsfinanzierten und zivilgesellschaftlich viel weniger dynamischen Deutschland wäre eine Machtübernahme rechter Kräfte wahrscheinlich das rasche Ende. Erich Kästner sagte: »Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens bis 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. [...] Es ist eine Angelegenheit des Terminkalenders, nicht des Heroismus.«<sup>7</sup> Wenn er richtig liegt, ist jetzt die Zeit zu handeln.

<sup>5</sup> Hannah Arendt: *Ziviler Ungehorsam* (1969), in: Andreas Braune (Hg.): *Ziviler Ungehorsam – Texte von Thoreau bis Occupy*. Stuttgart 2017, S. 137.

<sup>6</sup> Ebd., S.146

<sup>7</sup> Erich Kästner: *Über das Verbrennen von Büchern*, Zürich 2013, S. 12.